

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Kursträger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postfachkonto Nr. 28 885. Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H. Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 887.

Freitag, 30. September 1921

Anzeigenpreise: Die achtschaltige Millimeterzeile ober deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familienangelegenheiten, Verleumdungsangelegenheiten 0,40 Mk. Kleine: Die Millimeterzeile, achtschaltig ober deren Raum im Text 2.— Mk.

Rußlands Antwort an Polen.

Moskau, 28. September.

Das Vorkommissariat für auswärtige Angelegenheiten richtete an den außerordentlichen Geschäftsträger der polnischen Republik, Gylipowitsch, in Moskau eine Note, in der die russische Regierung auf dem Rigaer Vertrag hinweist, der die polnische Regierung verpflichtet, den konterrevolutionären Banden Sawintow, Balachowitsch und Wetsjuras die Gastfreundschaft zu kündigen. Trotzdem werden unter dem Protektorat der polnischen Militärbehörden, und besonders des Generalstabes, Häuerverbände in Polen ausgehoben. Die russische Regierung macht die polnische Regierung aufmerksam, daß die Durchführung des Rigaer Vertrages für beide Seiten Geltung haben müsse, nicht nur für die friedliebende Sowjetregierung. In einer Note vom 18. dieses Monats stelle die polnische Regierung Forderungen, die nur die polnische Regierung schuld, die ihrer Verzögerung in der Erfüllung der schon in Riga aufgestellten Forderungen trage nur die polnische Regierung schuld, die ihrerseits in keiner Weise den Vertrag von Riga einhalte, obwohl dadurch auch die polnische Bevölkerung schwer geschädigt werde. Die russische Regierung ist aber bereit, die polnischen Forderungen zu erfüllen, doch macht sie dies von der Erfüllung folgender Bedingungen durch Polen abhängig:

1. Bis zu der von der russischen Regierung gegebenen Frist sollen alle Personen, die an räuberischen gegenrevolutionären Überfällen auf Rußland beteiligt sind, aus ganz Polen ausgewiesen werden.
2. Jene Personen, die an räuberischen Überfällen auf russischen Territorium teilnehmen und sie unterstützen, sollen verhaftet und vor Gericht gestellt werden.
3. Das Lager der internierten russischen gegenrevolutionären Innere Polens verlegt werden.
4. Die russischen Kosaken, Armee und der Internierten, die mit für Rußland gefährlichen Arbeiten beschäftigt sind, soll aus den Grenzgebieten in das die sich im Dienste des polnischen Grenzschutzes befinden, sollen vom Dienst entlassen und ins Innere des Landes gebracht werden.
5. Der Vertreter des polnischen Ministeriums des Auswärtigen soll gemeinsam mit dem russischen Vertreter sofort an die Durchführung des Materials schreiten, das die russische Regierung in Händen hat, um die Schuld der polnischen Militärs festzustellen und Maßnahmen zur Vermeidung einer Wiederholung der festgestellten, beraten. Zur Erleichterung der tatsächlichen Durchführung der von beiden Seiten gestellten Forderungen schlägt die russische Regierung vor, den Termin ihrer Erfüllung vom 1. auf den 5. Okt. her zu verlegen. Die russische Regierung betont von neuem ihre Friedensbereitschaft und drückt die Hoffnung aus, daß die polnische Regierung, wenn sie auch die Wiederherstellung normaler diplomatischer Beziehungen bisher hintangehalten hat, das Ihrige zur Erhaltung gutnachbarlicher Beziehungen beitragen wird, indem sie tatsächlich an die ernsthafte Erfüllung des Rigaer Vertrages schreitet.

Nach Amerika im Komplott gegen Sowjet-Rußland.

Washington, 28. September.

Die amerikanische Regierung erklärte in einer an die Sowjetregierung gerichteten Note, die russische Regierung habe die Friedensverträge mit den Randstaaten, namentlich mit den neu geschaffenen Nationen, gebrochen. Man sei zu der Überzeugung gekommen, daß die Bolschewiken diese Verträge in zahlreichen Fällen verlegt haben, namentlich die Staatsoberhoheit Finnlands.

Wenn sich die oben wiedergegebene Nachricht bestätigt, dann stehen wir vor einer neuen unerhörten Provokation. Die Sowjetregierung hat sich alle erdenkliche Mühe gegeben, um mit den Randstaaten in Frieden zu leben. Das zeigt sich schon äußerlich darin, daß die Randstaaten offizielle Vertretungen in Moskau besitzen und daß alle Handelsverträge mit der Sowjetrepublik abgeschlossen haben. Besondere Anstrengungen hat die Sowjetregierung gemacht, um gerade mit Finnland in ein nachbarliches Verhältnis zu kommen. Als Beweis dafür sei das kürzlich getroffene Abkommen erwähnt, in dem sich die russische Regierung mit der finnischen einigte über die Rückertattung des finnischen Eigentums auf dem Gebiete der Sowjetrepublik.

Trifft die Nachricht von der amerikanischen Note zu, dann wird bei den Kriegshebern in Paris und London gewaltige Freude herrschen. Eine rußlandfeindliche Note der Regierung der Vereinigten Staaten bedeutet eine ungeheure Stärkung der Interventionen dieser Kriegsheber, denn sie wäre einer öffentlichen Erklärung gleichzusetzen, daß die Vereinigten Staaten diese Interventionen nicht nur billigen, sondern auch zu unterstützen bereit wären.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat es seither zwar abgelehnt, mit der Sowjetregierung zu verhandeln, aber sie hat sich auch offen feindseliger Kundgebungen enthalten und sogar zu verleben gegeben, daß sie die militärischen Rüstungen Frankreichs gegen Sowjetrußland und

die maßlose Expansionspolitik der Polen nicht billige. Wenn sich die Nachricht von der amerikanischen Note bestätigt, dann muß man annehmen, daß die amerikanische Regierung ähnlich wie die englische eine Schwelung in ihrer seitherigen Politik gegen Sowjetrußland vorgenommen hat, daß sie ebenso wie die englische Regierung jener Kapitalistengruppe nachgegeben hat, die den einzigen Ausweg aus dem augenblicklichen Wirtschaftskrisis in der Vernichtung des proletarischen Rußland sieht.

Eine rußlandfeindliche Note der Regierung der Vereinigten Staaten bedeutet eine geradezu entscheidende Etappe in der diplomatischen Vorbereitung eines neuen Krieges gegen die russische Räterepublik. Den englischen Proletariaten gelang es unter der Parole: Hände weg von Sowjetrußland! zu einer Zeit, da englische Truppen auf russischen Boden standen und englisches Geld die russischen Weißgardisten zum Angriff vortrieb, eine Aenderung der englischen Politik durchzusetzen. Heute ist die Gefahr für Sowjetrußland größer als je. Wieder müssen die Proletarier in ihrem eigenen Interesse diese Gefahr von Sowjetrußland abwenden. Der englische Kolonialminister Churchill hat es in einer Rede ausgesprochen, daß der Kampf nicht allein gilt der Sowjetregierung, sondern ebenso der gesamten proletarischen Bewegung. Das haben die Kapitalisten aller Länder begriffen, und deshalb sehen wir sie in der Frage der Vernichtung Sowjetrußlands einig. Es ist die höchste Zeit, daß die Proletarier aller Länder für die Dinge, die sich gegen Sowjetrußland und gegen sie selbst verbreiten, das Verständnis erwacht, und daß sie entsprechend handeln.

Die französische Regierung gesteht die Munitionsendungen gegen Sowjetrußland ein.

Das Londoner Komitee „Hände weg von Rußland“ unter Vorsitz des liberalen Abgeordneten Kenworthy hatte vor einiger Zeit eine Besprechung mit Herrn Saint-Aulaire, dem französischen Botschafter in London. „L'Humanité“ ist in der Lage, einen Auszug aus dem Stenogramm dieser Konferenz zu veröffentlichen. Demzufolge hat der französische Botschafter wörtlich folgendes gesagt:

„Es ist möglich, daß wir Munition nach Rumänien und Polen senden, aber das geschieht nicht, um einen Angriff gegen Sowjetrußland vorzubereiten, sondern nur als Sicherung für den Fall, daß Rumänien und Polen selbst von einem anderen Land angegriffen werden. Nach unseren Informationen ist es vielmehr die Sowjetregierung, die gegenwärtig militärische Maßnahmen ergreift. Rußland ist gegenwärtig die einzige europäische Militärmacht, die Angriffsbahnen gegen andere Länder hegt.“

Diese Auserkennungen des französischen Diplomaten sind wohl deutlich genug. Herr Saint-Aulaire erklärte weiter, Frankreich habe die Regierungen von Kollschal und Wrangel unterstützt, weil beide mehr dem Willen des russischen Volkes entsprachen, als die Sowjetregierung und weil sie bereit waren, an Frankreich die Schulden zu zahlen, die es von Rußland zu fordern hat. Wenn die französische Regierung auf die Bezahlung der alten Schulden des russischen Staates besteht, so handelt sie nicht nur im Interesse der französischen Kapitalisten, sondern auch der französischen „Arbeiter und Bauern“ (!), die fast alle russische Papiere besitzen.

Wie „L'Humanité“ ferner mitteilt, sind im Monat August vier amerikanische Dampfer mit französischem Kriegsmaterial von Marseille nach Galatz in Rumänien abgegangen. Man benutzt für diesen Zweck amerikanische Schiffe und Seeleute, weil man französischen Matrosen nicht traut.

Rumänien, Polen und Finnland verhandeln.

Riga, 28. September.

„Latvijas Vestnesis“ berichten aus rumänischer Quelle, daß augenblicklich Verhandlungen stattfinden über den Anschluß Finnlands an das polnisch-rumänische Bündnis. Der Vertreter Rumäniens verhandelte auch mit Vertretern Lettlands und Estlands über die Frage des baltischen Staatenbundes.

Polizeiüberfall auf das Stuttgarter Bezirks-Sekretariat der KPD.

Stuttgart, den 27. September 1921.

Heute drangen 25 Polizeibeamte in das Bezirkssekretariat der Kommunistischen Partei ein und beschlagnahmten das vorerwähnte Material.

Der Fall der Reichsregierung mit der bayerischen Konterrevolution trägt seine Früchte. Die Weißgardisten fühlen sich Sieger über die Republik und übertragen das Rührsystem offen auf andere Einzelstaaten.

Die Reichsregierung wird auch gegen diesen neuen verfassungswidrigen Streich der Konterrevolutionäre nichts tun. Das Proletariat selbst kann und muß seine Organisationen gegen die Anschläge der Reaktion schützen.

Das Oppauer Verbrechen.

Ludwigshafen, September.

400 — 600 — 700 Tote, Tausende von Verwundeten, niemand kann es sagen, wieviele es sind. Amtliche Zahlen gibt es nicht, da man dort selbst nichts weiß. So ist es schon seit dem 21., seit dem Unglückstag, seit langen Tagen. Und immer dasselbe Bild: Greise und Kinder, Männer und Frauen irren von Friedhof zu Friedhof, von Krankenhaus zu Krankenhaus, von den Trümmern der Fabrik zu dem Schutthausen des Dorfes Oppau. Eine fürchterliche Prozeßion! Und dazwischen hinein rasseln die Lastkraftwagen mit den roh gezimmerten Särgen. 20 bis 30 Säрге, ohne allen Anstrich, sechs ungehobelte Bretter, Säрге übereinander geschichtet wie Mauersteine, auf jedem Lastwagen, so rattern sie mit ihrer traurigen Last vorüber. Die Krankenhäuser bis nach Heidelberg, Karlsruhe, nach Worms, Darmstadt sind von Schwererwundeten überfüllt. In allen Städten und Dörfern in weitem Umkreise sieht man unzählige Leichtverwundete mit verbundenen Köpfen und Händen.

Unjählich ist das Elend, das unter den Trümmern des ehemaligen Dorfes Oppau herrscht. Tausende von Familien, Männern, Frauen, Kindern liegen mit erstarrten Gliedern in der bitterkältesten Herbstnacht unter den Schutthäufen, die das zerplitterte Gebälk vor dem vollkommenen Einsturz noch auf kurze Frist bewahrt. Ein Windstoß — und abermals Tote und Verwundete!

Der Kontrast: Dort in Mannheim und Heidelberg, kaum eine Stunde entfernt, die gewaltigen Wohnpaläste und Villen der Anikönige mit leerstehenden Räumen, nur dem Luxus und der Prozeßerei gewidmet — hier die Anilinstaven mit Weib und Kind obdachlos in rauher, kalter Herbstnacht. Die Rußnießer des Verbrechens dürfen in ihrer Beaglichkeit nicht gestört werden.

Göttliche Weltordnung — soziale Republik!
Der Verwaltungsrat der Anikönige, die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik, erteilt eine Bekanntmachung, nach der die Explosion im Bau 110 der Stickstoffabrik erfolgte. Dieser Bau, an dessen Stelle heute sich nur noch ein ungeheurer Erdtrichter von etwa 150 Metern Länge, 100 Metern Breite und 30 Metern Tiefe befindet, war ein Silo, in dem große Mengen Ammoniumsulfat-Salpeter lagerten. Nach Angabe der Direktion sollen sich 4500 Tonnen dieses Stoffes in diesem Silo befunden haben. Die Direktion der Werke versucht in verlauselter Form die Sache so darzustellen, daß die Explosionsfähigkeit dieses Stoffes bisher nicht bekannt gewesen sei, eine Gefahr hätte niemand annehmen können und man vollkommen vor einem Mitleid stehe. Die Katastrophe ist der schlaendstige Gegenbeweis.

Das Ammoniumsulfat ist ein Stickstoffprodukt. Dieser Stoff wurde nach vollendeter Produktion, deren letzte Operation in Bau 111 vorgenommen wurde, in Köhren und in heißem Zustande in den Silo geblasen, oder „gespritzt“, wie der Fachausdruck lautet. Wenn das Ammoniumsulfat erkaltet und lange Zeit lagert, versteinert es und wird hart wie Granit. Zur weiteren Verwertung muß die Masse zerkleinert und zuletzt gemahlen werden. Seit Jahresfrist wurde die Loslösung der kleineren Stücke von dem großen harten Blocke durch Sprengungen vorgenommen. In die Masse werden eine Anzahl Löcher gebohrt, diese mit leichtentzündbarem Sprengstoff gefüllt und so die Stücke abgeprengt. Nach Ausfragen der im Betrieb beschäftigten Arbeiter sind bei diesen Sprengungen bisher noch keinerlei Unglücksfälle zu verzeichnen gewesen.

In ganzen Betriebe aber herrschte ein raffiniertes Antreibersystem. Eine Schicht wurde gepeitscht mehr zu leisten als die vorhergehende. Daß hierbei alle Vorsichtsmaßnahmen und Unfallverhütungsvorschriften außer acht gelassen wurden, kann man von jedem Arbeiter des Betriebes hören. So z. B. standen Kompressoren, die nur bis zu einem Druck von 230 Atmosphären gebracht werden durften, zeitweise unter einem Druck von 250 Atmosphären. Arbeiter aus dem Bau 7 sagten aus, daß in diesem Bau ein Kompressor mit 1000 Atmosphären Höchstleistung auf 1600 Atmosphären Druck gebracht wurde, wobei der leitende Aufseher selbst erklärte, daß der Apparat jeden Augenblick in die Luft fliegen könne. Es war eine landläufige Redensart der Arbeiter dieses Betriebes: „Lies schönen Tages fliegt das ganze Werk in die Luft! Die Antreiber, Ingenieure und Chemiker, wendeten sich fast tagtäglich an die einzelnen Arbeitsgruppen, mit ihren Befehlen: bis zu der Stunde muß so und so viel geleistet sein! Ob das die Größe und die technischen Einrichtungen erlaubten, danach wurde nicht gefragt. Um die Arbeiter zu immer höheren Leistungen anzukurbeln, war ein raffiniertes Prämiensystem eingeführt, dessen Ertrag ein wesentlicher Bestandteil des Lohnes darstellte.

Im Bau 110 waren neben den Bohrkolonnen eine Sprengkolonne vorhanden, die unter dem gepreßten Sprengmehl der Sentner stand, der nach den bestehenden Vorschriften die Sprengungen vornehmen durfte. Die

...prengung in der Unglücksstunde wurde aber nicht von dem hierzu bestimmten Sprengmeister vorgenommen, sondern von dem Aufseher der Bohrkolonne, die am Morgen des 21. September früh um 6 Uhr die Schicht antrat. Dieser Bohrmeister galt als einer der schlimmsten Antrieber des Riesenbetriebes, der in andern Abteilungen auf Verlangen der Arbeiter wegen seines leichtfertigen Vorgehens entfernt werden mußte. Diefem Manne konnte nie genug gearbeitet werden, und er griff zu den verwegendsten Mitteln, die Produktion zu steigern, zu Mitteln, unter denen mehr denn einmal Menschenleben auf dem Spiele standen. Diesen Mann hielt die Betriebsleitung als den geeigneten, der der gefährlichen Arbeit in Bau 110 gewachsen sei.

Von der genannten Bohrschicht ist ja niemand mehr am Leben, ja noch nicht einmal die Ueberreste der unglücklichen Menschen sind mehr vorhanden, so daß sie über die Ursachen des Unfalls zeugen könnten. Aber die Arbeiter der noch lebenden Bohrkolonnen, die wir sprechen konnten, berichten, daß Sprengungen mit den leichtesten Sprengstoffen nicht als ausreichend betrachtet wurden und wiederholt die Frage erörtert wurde, ob man nicht mit Sprengmitteln stärkerer Wirkungskraft Versuche anstellen solle. Als ein solch stärkeres Sprengmittel wurde das Inazin angesehen und genannt. Inazin soll die Wirkung haben, nicht nur nach oben die Stücke aus dem festen Blode zu sprengen, sondern es sollte nach unten in die feste Masse wirken.

Es sieht einwandfrei fest, daß zwei Explosionen in drei Sekunden Abstand einander folgten und zwar so, daß die zweite Explosion die weitaus stärkere war. Die mit der Arbeit vertrauten Arbeiter erklären die Sache so, daß die erste Explosion von der Anwendung des Inazin herrührte, die alsdann den ganzen 4500 Kubikmeter schweren Block Ammonisulfat zur Explosion brachte, der die verheerenden Wirkungen verursachte. Die furchtbare Wirkung der Explosion läßt sich an den ungeheuren Dimensionen des Silos erklären. Der Silo war ein einziger Eisenbetonblock von etwa 110 Metern Länge und 30 Metern Breite, mit einer Bodenstärke von 4-5 Metern und 3 Metern Wandstärke aus Eisenbeton. Dieser Silo wurde in Millionen von Stücken zerklüftet und in alle Winde zerstreut. Uebrig blieb nur an seiner Stelle ein ungeheurer Erdtrichter, wie er noch bei seiner Explosion erlebt wurde. Die vollkommene Vernichtung aller umliegenden Bauten, ganzer Ortschaften, Hunderten von Häusern, die Zerrümmerung von Fenstern und die Abhebung von Dächern auf viele hundert Kilometer Entfernung, die ungeheure Erdschütterung mit dem millionenfachen Häuser- und Sachschaden ist ja durch die Presse genügend bekannt.

Wer ist schuld an der größten Explosionskatastrophe, die je die Welt erlebte? Die Arbeiter! werden die gerichtlichen und parlamentarischen Untersuchungskommissionen beweisen, die Leitung des Betriebes trifft natürlich feinerlei Schuld. Haben es doch schon Presseerzeugnisse der reaktionären Wörberzentrale fertiggebracht, von einem bolschewistischen Nachschütze zu reden. Vor der Geschichte und der Welt steht aber einwandfrei fest, daß das Verbrechen von Dypian, wie alle ähnlichen Arbeitermorde, einzig und allein der Profitgier des Kapitals, in diesem Falle dem Heißhunger nach Mehrwert der berüchtigten Anilin-Fabrik zuzuschreiben ist. Das kapitalistische Ausbeutungssystem fordert neue Triumphe seines Erfolges, häuft im Interesse dieser Erfolge Verbrechen auf Verbrechen.

Der kapitalistische „Wiederaufbau“ zeichnet seinen furchtbaren Weg. Unter der Parole: Schutz des Vaterlandes! steigt er über Berge von Leichen seines Hörigen-geschlechts; unter der Devise: Ruhe und Ordnung! mordet er seine rebellierenden Sklaven, die es wagen, an ihren Ketten zu rütteln; unter dem Rufe: nur Arbeit kann uns retten! schlägt er seine Arbeitstiere und deren Familien, „müssen doch Millionen sterben, wenn die Wirtschaft wieder ausgerichtet“ werden soll! Ueberall, wohin wir blicken, die gleichen Verbrechermethoden, die alles und das Letzte wagen, um die Heiligkeit des Profites zu sichern.

Stetergehend ist die Heuchelei, das Wohlwollensgetue mit dem sich die kapitalistischen Kohorten in der Presse und in der Öffentlichkeit spreizen. Mit Lausendmarktchen versuchen sie ihre Gewissen zu beruhigen. Die Anilin-Fabrikanten zahlen für jeden Leichnam 2000 Mark, die Gemeinden verschaffen die Särge unentgeltlich. Welche Wohlthat! In seinen Lehren kann man's in jeder Zeitung lesen. Die- weil geht der Mangelbeutel, das Symbol der kapitalisti- schen Mißwirtschaft, laubau, laubau. Nicht bescheiden, ein- fach und schlicht, bescheid über das furchtbare Leid geht er durch das Land, sondern frech propzend, die Bedeutung des Geldschatzes betonend, mit allen Raffinerien die geschätz- teste Reklametrömmel rührend, poliert diese „Wohl- tätigkeit“ einher.

Zur Verhütung aller mitempfindenden Leidens- gefahren der Heimgesunden raffelt der amtliche Apparat ihre Fürsorge in die Welt. Wohngeld werden für die obdachlose Bevölkerung errichtet. Heute noch der dritten Nacht konnte man noch kein Brettkind dieser Veranden er- blicken. Und warum jodelt Klage? Stehen nicht dort, un- weiß der Unglückshele die Kalte der Veranwortlichen und Urheber des Unglücks? Sind dort nicht Räume und Lagerstätten in Hülle und Fülle vorhanden, die die Notten fressen, da im Ueberflusse der Bequemlichkeit niemand ihrer achtet? Warum fordern die geschwollen und gefähr- bedrohten Sklaven nicht ihr Unrecht auf den Reichthum, den sie selbst erarbeitet? Warum erkennen sie nicht, daß all der Reicht ihrer Ausbeuter aus ihrem Schweiß, dem Mark ihrer Knochen, ihrem Blute und ihren Leiden erprobt ist? Warum?

Daß man die Opfer der Katastrophe in gelang obdach- los umhertreiben läßt, belächelt die Heuchelei der „Wohl- tätigkeit“ an großen. Die nach Geld hinstreben, Matri- chelnde Wohlthätigkeit kann das Wesen des kapitalistischen Verbrechen nicht verlernen. Das kapitalistische System ist in all seinen Lebensäußerungen Verbrechen, und das Verbrechen von Dypian ist nur ein weiterer Markstein auf diesem Wege. Wie lange noch??

Der Spießhaken Weismann.

Moskau, 27. September.

In der „Wostok“ veröffentlicht Kadel einen Angriff gegen die englische Note vom 7. September an die Sowjetregierung, in welcher die englische Regierung der Sowjetregierung verspricht, daß sie den Vertrag von Rapallo nicht verlängern wird. Kadel be- weist, daß die Dabotanz, auf die sich die englische Note stützt, gar nicht existiert, und zwar aus zwei wesentlichen Gründen, nämlich daß die Dabotanz nicht existiert, und daß die englische Note, die vom Leiter der russischen Delegation, Weis- mann, unterschrieben ist, nicht existiert.

...man, geführt wird. Ueber die Unterredung Weismann mit Kadel schon im Juli 1920 in der Berliner „Koten- fahne“ berichtet. Die Tätigkeit der Spießhaken ist haupt- sächlich die Fabrikation gefälschter Briefe der Kommu- nistischen Internationale, gefälschter Briefe Lenins oder Trotskis, gefälschter Geheimverträge, die sie an alle verkauft, die solche wünschen. Kadel bringt Beispiele für solche Fälschungen über nie gehaltene Reden Lenins und nie ge- schriebene Dokumente der Kommunistischen Internationale.

Das Problem Weismann ist gelöst!

Herr Weismann, der Hasardspieler, der Spieler- gewinne nach dem Ausland verschob; Herr Weismann, der im Marloshprozeß Mörder vor der Strafverfolgung schützte; Herr Weismann, der Freund Kessels und Luben- borffs; Herr Weismann, der die Kommunisten verfolgte und beschützte; Herr Weismann, der im Dienste der Orgesch Kampagnen gegen die Kommunisten organisierte; Herr Weismann, der seine Eigenschaft als Orgeschmann dazu benutzte, um aus den Streitigkeiten innerhalb der bayeri- schen Gegenrevolution Grundlagen für seine repu- blikanische Karriere zu schaffen; Herr Weismann, der aber seine Verrätherigkeit anzuzählen, würde zuviel Arbeit verursachen, Herr Weismann ist also endgültig bloßgestellt.

Herr Weismann ist ein Repräsentant der neuesten Epoche der deutschen Bourgeoisie. Ihre beiden Grundtypen, der politische und unpolitische Spießer, sind in seiner Per- son auf dem Boden des Spießhakens zu einer höheren Ein- heit verschmolzen. Der Herr aller preussischen Spießer, Spießer, ist überheblicher: Herr Weismann produziert für England, für den Weltmarkt. So ist Herr Weismann, wenn auch kein Charakter, so doch eine sehr charakteristische Gestalt.

Aber wir gehen zu weit. Was wird die republikanische Regierung jetzt mit Herrn Weismann, da er endgültig blamiert ist, anfangen? Sie hat ihn bloßgestellt, als er der bayerischen Gegenrevo- lution unbenommen wurde. Was wird sie jetzt tun? Oder sollte nicht am Ende Herr Weismann jetzt die Gnade wiederfinden, weil er der Goldknecht der Gegenrevolution gegen die Kommunisten ist?

Aus Weismanns Reich.

Der Reichsminister des Innern erklärt in Beantwortung einer Reichstagsanfrage unter anderem:

„Die Reichsregierung hat schon vor einiger Zeit, ins- besondere durch Verschärfung der Pass- und Grenzkontrolle, Maßnahmen ergriffen, um den illegalen Verkehr der Kommu- nisten und Bolschewisten über Stettin und die Einführung verbotener Gegenstände auf diesem Wege nach Möglichkeit zu verhindern. Gegen die kommunistische Agitation auf dem Lande ist ein Einschreiten nicht möglich, solange sich diese Agitation in den gesetzlichen Grenzen hält. Soweit dabei zu strafbaren Handlungen aufgefordert wird, ist es selbstverständ- lich Pflicht der zuständigen Polizeibehörden und Staatsanwalt- schaften, dagegen einzuschreiten. Sofern sich Ausländer auf diesem Gebiete betätigen, sind die Landesregierungen schon vor längerer Zeit ersucht worden, die Ausweisung zu ver- fügen. Die Zulassung eines russischen Konsulats in Stettin ist bislang nicht beabsichtigt.“

Die Spießer arbeiten. Die Polizei wird mobil ge- macht. Aber nur, wenn es sich um Kommunisten handelt. Wo hat man einen Kappisten belästigt? Wo hat man einen russischen Konterrevolutionär ausgewiesen?

Kommissar Lyb nach Stettin verlegt.

Dem Kaptain der gesamten Breslauer Arbeiterschaft mußte vor kurzer Zeit der Orgeschfreund, Polizeipräsident Liebermann, weichen. Diefem Mann, der mit allen Mitteln die SPD. und die „Schleifende Arbeiter-Zeitung“ verfolgte, weil sie ein Hem- nis gegen den Selbstschutz, gegen den Aufmarsch der schlesischen Junkerorgesch war, ist ersetzt durch einen ehemaligen Ober- staatsanwalt Kleinboer, der vor verammelter Beamten- schaft die billige Erklärung abgab, loyal auf dem Boden der Verfassung zu stehen.

Liebermann ist nun seine rechte Hand, der Kriminalkom- missar Lyb, gefolgt. Lyb, der 60 unserer besten Genossen ins Gefängnis brachte, der sich rühmte, unsere Genossen Klein durch die Weihnachtsschmückung ins Zuchthaus zu bringen, ist als Leiter der politischen Abteilung nach Stettin verlegt. Lyb kann gewiß sein, daß unsere Stettiner Genossen wissen, wessen sie sich von ihm trotz seines anscheinend fremdschönen Auftretens zu versehen haben.

„Das unsichtbare Heer.“

(64.) London, 29. September.

Die Times veröffentlicht heute einen Aufsatz unter der Ueberschrift „Das unsichtbare Heer“, worin folgendes aus- gesagt wird: Gemäß den Bestimmungen des Versailleser Ver- trages soll Deutschland ein Heer von nur 100 000 Mann haben. In Wirklichkeit aber besitzt die deutsche Regierung Waffen, Bekleidung, Gabres, Depots und Material für 800 000 Mann. Außerdem hat die deutsche Regierung eine Verschleierung des Budgets vorgenommen, indem sie die Ausgaben für Demobili- sierung, Pensionen, Militär, Bekleidung und Militärhospitäler dem Militärbudget auf das Zivilbudget übertrug und so eine wirksame Kontrolle durch die internationalen Ueberwachungs- kommissionen unmöglich macht. Die Zahl der Offiziere und Un- teroffiziere sei im Verhältnis zu den gemeinen Soldaten zu groß, und wenn Deutschland die zur Unterhaltung dieser Personalien notwendigen beträchtlichen Summen annehme, so verfolge es damit einen bestimmten Zweck. Was die Sicher- heitspolitik anbetrifft, erklärt das Blatt, so sei diese eine Re- sultante der alten Gleichgültigkeit.

Die Times benutzte diese Zusammenfassung, weil sie den An- scherning fördert. Sie kann beruhigt sein, die deutsche Bour- geoisie und ihre Soldaten brauchen dieses „unsichtbare“ Heer vor allem zur Sicherhaltung der Arbeiterklasse, damit sie als Fron- tlinie des Ententekapitalismus die Lappen der Wiedergut- machung aus ihr herauspressen können.

Stinnes kommt!

Nach weider den Bankrott an.

(111.) Rom, 29. September.

Bankrottler Dr. Birth geniesst einen Berliner Be- rater des „Corriere d'Italia“ eine Unterredung, in der er be- weist, daß nicht gelungen werden könne, daß der Bankrott der Reichsbank gegen den Reichsbankrott eine große Gefahr für die Republik bedeute. Im Hinblick auf die Schwierigkeiten, mit denen das Reich gegenwärtig zu kämpfen hat, gab der Reichs- bankrott seiner Unterredung Ausdruck, daß es unmöglich sein werde, die nächsten Leistungen durch den Bankrott zu sichern, wie es gelegentlich der Zustimmung der ersten Weltkriege der Fall war. Ganz kommt, daß der Bankrott werden muß, welchen Stefan Kurland die Welt nach der ersten Zahlung

...schmächen mußte. Würde Deutschland auch in Zukunft in Gold zahlen, dann sei der Bankrott Deutschlands unver- meidlich.

Stinnes wirft seinen Schatten voraus. Die Unfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die Milliarden für die Entente aufzubringen, das ist nicht die Sorge Births und der deutschen Bourgeoisie. Sie haben sich nie darum gekümmert, weil sie gewillt sind, alles aus der Arbeiterschaft durch unerhörte Ausbeutung herauszuschinden. Wenn Birth den Bankrott anmeldet, so ist es die Ankündigung der Steuerfabrikation der Groß-Bourgeoisie. Stinnes will seinen Pfennig hergeben. Das ist es, was die Stinnesregie- rung verkündet, noch bevor sie besteht.

Der Pakt mit Boehner.

Die Verständigung der Reichsregierung mit dem bayeri- schen Boehnersystem ist perfekt. Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages hat dem Abkommen, das Herr Birth mit dem Grafen Lerchenfeld, dem Leiter des Reichsbankrotts, abgeschlossen hat, seine Zustimmung gegeben.

Das Abkommen enthält im wesentlichen folgende Bestim- mungen:

1. Die Verordnungen des Reichspräsidenten werden späte-stens am morgigen Tage dahin abgeändert, daß sie nicht nur „Vertreter der republikanisch-demokratischen Verfassung“, son- dern alle „Personen des öffentlichen Lebens“ schützen. Das heißt in den Händen des bayerischen Kahrsystems wird die Gewaltverordnungen zu einer wirksamen Waffe gegen die Bekämpfer der bayerischen Konterrevolutionäre umgeformt.

Weiter wird der Reichsregierung im Falle eines Konfliktes zwischen Reich und Einzelstaat über die Durchführung der Ver- ordnung die Entscheidung entzogen und einem Reichsrats- schuß übertragen.

2. Die bayerischen „Vollgerichte“, die berüchtigten Schand- kamern der weißen Ausnahmejustiz, bleiben bestehen.

3. Nachdem so die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, die bis zum 6. Oktober mit Wirkung vom 15. Oktober ab ausgesprochen werden soll, zu einer schamlosen Komödie gemacht ist, nachdem das Polizeisystem des Schützers der Reichs- bankrotts Boehner jetzt nicht als je, verspricht die Reichs- regierung lokale Haltung, wenn es die bayerische Regierung für gut befindet, den Ausnahmezustand aufs neue zu ver- hängen.

Die Kapitulation vor den Boehnerburschen ist also voll- kommen. Und Graf Lerchenfeld verkündet den Sieg des bayeri- schen Terrorsystems ziemlich offen, wenn er in seiner Rede im Verfassungsausschuß sagt:

Es ist nötig, sich zu vergegenwärtigen, daß der Reichstag jederzeit den Ausnahmezustand aufheben kann mit rechtlicher Wirkung auch für Bayern, daß aber der Regierung nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine Reihe von Machtmitteln und Befugnissen auch bei Aufhebung des Ausnahme- zustandes zur Verfügung steht, welche die Sicherheit und Or- dnung zu gewährleisten imstande sind. Dazu kommt der weitere Umstand, daß der Ausnahmezustand auf Grund der Reichs- verfassung auch von der Landesregierung in bringenden Fällen wiederhergestellt werden kann.

Hüthner, die Schacht und Lerchenfeld können zufrieden sein. Boehner, der Schutzpatron der Ehrhardt und seiner Ban- den, wird weiter schalten wie es ihm beliebt, deutschnationale Wörberorganisationen dulden, den weißen Terror gegen die Arbeiter ausüben und sich den Teufel um das Reich scheren.

Die bayerische Gegenrevolution triumphiert.

(111.) München, 29. September.

Zur Lage zwischen Bayern und dem Reiche schreibt die Korrespondenz der bayerischen Volkspartei, der Ausgang der letzten Berliner Besprechungen sei zweifellos ein nicht geringer Erfolg der bayerischen Politik gegenüber dem Reiche, ein Erfolg, der gewiß der Mühen und der Wunden wert sei, die er gekostet habe.

Der „Bayerische Kurier“ sagt: Nachdem nun die Zuständig- keitsfrage in einem für Bayern günstigen Sinne entschieden wurde, verliert die zweite Hauptfrage, die Frage nach der Auf- hebung des bayerischen Ausnahmezustandes, viel von ihrer Schärfe. Das Blatt macht aber die bayerische Regierung darauf aufmerksam, daß ihr unter den neuen Verhältnissen in be- sonderem Maße die Pflicht zur Wachsamkeit gegenüber den Ge- fahren eines abermaligen Umsturzes obliegen werde. Sehr un- zufrieden ist die „München-Augsburger Abendzeitung“, welche die bevorstehende kurzfristige Aufhebung des bayerischen Aus- nahmezustandes für ein Nachgeben gegenüber dem verfassungsmäßig nicht berechtigten Druck der Berliner Regierung erklärt.

Die Bayern triumphieren, die Regierung Birth hat nachgegeben, das Kahrsystem ist gerettet.

Die Arbeiter müssen dafür sorgen, daß sie nicht immer wieder genarrt werden.

Die sächsischen Sozialdemokraten gegen das Bündnis mit Stinnes.

Die Bewegung der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die in Görlik vorgesehene Kapitulation vor Stinnes nimmt immer größeren Umfang an. Besonders in der sächsischen SPD. scheint die Erregung der Arbeiter dauernd zu steigen. Nach den scharfen Worten der Chemnitzer „Volkstimme“ entnehmen wir dem „Sächsischen Volksblatt“ in Zwickau folgende Erklä- rung:

Wir haben bisher versucht, in der Frage der Koalitions- politik eine einseitige Stellung einzunehmen; wir werden das auch in Zukunft tun und weiterhin die Auffassung ver- treten, daß, solange die Einigung zwischen SPD. und USF. nicht hergestellt oder zumindest bis zu einem gewissen Grade erreicht ist, eine Koalition der Sozialdemokratie mit einem in der Regierung zahlenmäßig überlegenen, gefühllosen Bür- gerblock, eine Koalition bis zu der Deutschen Volkspartei den Reichsbankrott unserer Partei, des Sozialismus und den Nie- derringen des deutschen Volkes und der deutschen Republik bedeutet. Gewiß, wir bilden, wie Scheidemann sagte, mit bürgerlichen Parteien in der Regierung keine Kampfgemeinschaft, sondern nur eine Arbeitsgemeinschaft, aber diese Arbeitsgemeinschaft, die sich vielleicht gegen die kürzeren Reiche richtet, die aber auch gegen die arbeitende Klasse wirken werden muß, führt zu einer Verhöhnung der Klassenkampfgesetze, die dem Bürgertum wenig, dem Proletariat aber viel Schaden kann.

Die rechtssozialistischen Arbeiter können sich nicht durch ihren Parteivorstand durch ein Bündnis mit der Deutschen Volkspartei vor den Wogen der Großindustrie gegen das eigene Klasseninteresse spannen lassen.

Es gilt die einseitige Front des proletarischen Kampfes gegen die Ausbeuter und die Konterrevolution herzustellen. Nicht Stinnes vertritt die Arbeiterinteressen, nur- sie selber können es in größtmöglicher Klarheit.

Der monarchistisch-reaktionäre 1. Staatsanwalt Poppendieck als Antisemit.

Wie man eine Urkundensäufung konstruiert.

Zuerst wegen Landstreichensverdachts ist unter Genosse Klein noch wegen Urkundensäufung angeklagt. Die Gerichtsbehörden der Republik, die es den Mordern unserer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die es den Verbrechern des Kappstreiches ermöglichte, ihr unsauberes Handwerk vorher zu betreiben, beugen ihre ganze Wut auf einen revolutionären Arbeiter, der, um dem Fange eines monarchistisch-reaktionären Staatsanwaltes zu entgehen, sich eines Pseudonyms bedient.

Unter Genosse Klein hat durch den Rechtsanwalt dem 1. Staatsanwalt auf seine Anklageschrift folgende Erwiderung gegeben:

So wenig die Anklageschrift an Beweisen für von mir begangene strafbare Handlungen zu erbringen weiß, so krampfhaft ist sie bemüht, durch Verunglimpfung und Verächtlichmachung meiner Person tendenziöse Stimmungen gegen mich zu erzeugen. Wenn dies schon in der albernsten Zillierung der Landstreichensverdachtsaufklärung eindeutig in Erscheinung tritt, so zeigt es sich in den Sägen, die mir „intellektuelle Urkundensäufung“ zur Last legen, mit geradezu brutaler Unvorsichtigkeit.

Da der erste Staatsanwalt sich glaubt erdrosseln zu dürfen, die Tätigkeit der kommunistischen Partei Deutschlands und ihrer verantwortlichen Vertreter, zu denen ich zugehöre, die Ehre habe, geringschätzig mit Handwert zu bezeichnen, so sei ihm bedeutet, daß die Ausübung dieses Handwerks immerhin keine Schmutzschanderei ist, wie keines Handwerks, heute in majorem honore gloriam, achtern zum höheren Ruhme Wilhelms des Reigen, morgen für einen anderen Geldgeber in gewissenloser und geschäftiger Weise Menschen ans Messer zu liefern. Es sei ihm erwidert, daß es immerhin ein höchst ehrenwertes Handwerk ist, das auszuüben ich mich rühme. Daß es immerhin stillschweigend für seine Hebung zugehörig mannaft und ungenügend selbst unter Dornen einzuschleichen, während es ein schmutziges Handwerk und eine hinführende Unmoral ist, sich von seinen Feinden durchhalten zu lassen und sie noch obendrein heimlich zu verraten, wie das monarchistische Beamte der Republik in Justiz, Heer und Verwaltung tun. Der niederträchtigen der verächtlichen Anwürfe des ersten Staatsanwaltes gegen mich ist die Ingerichte Behauptung „er (Klein) teiste in den Großstädten herum, um zu verschwinden, wenn er seine Gesartheit verrichtet hätte“. Das könnte ebenso gut in einem antisemitischen Gesetzbuch wie in der Anklageschrift des Herrn Poppendieck stehen haben! Tatsache ist, daß ich vom November 1920 bis zu meiner Verhaftung (März 1921) ununterbrochen in Breslau und in Schlesien tätig war, daß ich von der Verrichtung der kommunistischen Organisationsarbeiten dem Bezirksamt 1920 zum angeführten Leiter gewählt und durch dieses Amt in Schlesien und Breslau gehandelt war, daß ich nach meiner Freilassung gleichfalls in Breslau bleiben und das fortsetzen werde, was ein berufstätiger Propagandist als Staatsanwalt mit Gesartheit zu bezeichnen der traurigen Art sind. Der mein der erste Staatsanwalt mit der durch mich in den Großstädten betriebenen „Gesartheit“ meine Propagandatätigkeit im Chemnitzer Bezirk während der letzten Landtagswahl: — Ich befinde mich bei dieser „Gesartheit“ allerdings in der mehr oder minder guten Gesellschaft jenseitiger oder verhöfener Minister aller Schattierungen, die ebenso wie ich nach der Wahl „verschwand“, da merklichigerweise nach der Wahl kein Sabotage mehr stattfand. Das kann ja künftig dem ersten Staatsanwalt Poppendieck zu Gute geändert werden.

Tatsache ist ferner, daß ich aus Breslau und Schlesien nicht vertrieben bin, daß ich noch 3 Monate nach dem angeblichen Landstreichersbruch in meinem Büro arbeitete und öffentliche Versammlungen abhielt, obwohl ich sehr gut über die Nachforschungen unerrätlich war, die die Polizei über meinen Namen anstellte, obgleich ich mir über den Ausgang dieser Nachforschungen keinerlei Illusionen machte. Obgleich ich Anfang März, als ich zu einer Besprechung nach Berlin fuhr (in dieser Sache), klagloskommen, jedoch wieder freigelassen worden war, ist es eine Tatsache, die von meinem Rechtsanwalt bestätigt werden wird, daß ich die gerichtliche Aufklärung der Vorgänge vom 27. Dezember 1920 eifrig zu fördern suchte.

Was was kümmert das alles den ersten Staatsanwalt Poppendieck, einen Mann, gegen den die Entziehung aller Ehrenrechte und rechtlich Verdächtige schon das Urteil gesprochen hat, als er 1908 in Grotzowald gegen den Geschäftsführer Lederhantelantastungen gegen Verleumdung der geschätzten Person des Landrats 2 Jahre Gefängnis beantragte, was kümmert diesen ersten Staatsanwalt der Republik, daß seine Anklageschrift ein, einseitige große Fälschung ist, wenn er einen Kommunisten, also ebenso einen Verbrecher ans Messer liefern will?

Die Behauptung: Ich hätte mich am 10. und 11. März des Jahres 1921 allein unabhängigen Beamten bzw. öffentlichen Beamten gegenüber bedient, sind sämtlich unrichtig. 1. Die erste Vernehmung bei richtiger Verhandlung am 10. März durch Polizeikommissar Ribben nahm folgenden Verlauf: Ribben: „Wir haben durch Anträge in Frankfurt a. M. erfahren, daß Sie ein eines falschen Personalausweises bedienten, was haben Sie darauf zu antworten?“ Ich: „Ich verweigere Ihnen jegliche Aussagen.“ Ribben: „Geben Sie den falschen Personalausweis her.“ Ich: „Ich habe mich also mit jenem Ausweis nicht legitimiert, noch habe ich falsche Personalangaben gemacht. Beweis: das Personalausweis.“

2. Im Polizeigericht wollte man meine Personalien aufheben. Ich verweigerte auch hier die Aussage. Beweis: das Personalienbuch des Polizeigerichtsbüros.

3. Der gleiche Vorgang spielte sich bei meiner Einlieferung ins Untersuchungsgefängnis, Grenzstraße 40. Am hat es hier, wie an den anderen Orten, unerschrocken, mich auf die Polizeibehörde falscher Namensangaben hinzuweisen, ich werde von dem hiesigen Gericht, daß man mich dadurch direkt zur intellektuellen Urkundensäufung provozieren wollte! Gerade deshalb habe ich hier, wo mich Schmutz aus technischen Gründen zur Anwesenheit zwingen, den Namen Josef Klein mit dem Vorbehalt angegeben, daß ich über meine Personalien die Aussagen verweigere. Beweis: das Personalienbuch des Untersuchungsgefängnisses. Auch in der handschriftlichen Gesartheit und bei der Vernehmung durch den Untersuchungsrichter Ribben, führte ich diese Forderung durch. Es ist überflüssig hervorzuheben, daß Ribben mich zur Personalienangabe mit dem Namen Klein bewog, obgleich ich ihn ausdrücklich darauf hinwies, daß dies mein Name nicht sei. Ich habe durch den Gebrauch des Namens „Klein“ also weder behördliche Personalien noch Register gemacht, sondern von dem Richter der Untersuchungsgefängnis gefälschte Angaben gemacht.

Der Name Klein ist ein Pseudonym, ein Parteiname, unter dem ich in der Öffentlichkeit bekannt bin und den ich auch nach meiner Freilassung tragen werde. Ich ersuche daher, auch ferner den Richter mit mir unter dem Namen Josef Klein zu führen.

An dem ganzen Geschehen, das die Anklageschrift des Herrn Poppendieck zur Entschuldigungsgegenstande gegen mich vertritt, ist lediglich die Tatsache richtig, daß ein falscher Personalausweis sich in meinem Besitz befand.

Ich habe mit dem Namen Klein nicht aus Mangel an Zeit angegeben, sondern im Gegenteil, weil ich trotz parteiunabhängiger Vernehmung weiter für meine Sache arbeiten wollte. Trotz dieser Vernehmung, die der erste Staatsanwalt selbst hat, ist es wäre ich zweifellos in Deputat gefahren, das mir

Ausfuhrung gewährte, und das Auslieferungsgesuch der deutschen Behörden zurückgewiesen hat. Woher beim Verfasser der Anklageschrift, Herrn Poppendieck, der Wind weht, versteht man aus der Behauptung, ich gehöre der jüdischen Religionsgemeinschaft an, einer Behauptung, die 1. nicht zur Sache gehört, 2. nicht der Wahrheit entspricht und lediglich zu antisemitischer Beeinflussung angelegt ist.

Herr Poppendieck ist Patentkrenzler vom reinsten Wasser. Seine Anklageschrift steht politisch, fälschlich und juristisch auf dem Niveau — des „Miesbacher Anzeigers“. Wünscht die Staatsanwaltschaft, in diesem, mir äußerst widerlichen Tone, zu verhandeln, um die Aufmerksamkeit von der Schlichtigkeit der durch sie vertretenen Sache abzulenken, so wird sie merken, daß ich Haare auf den Zähnen habe und mich zu wehren weiß.“

Breslauer Nachrichten.

Dringende Bitte an die Landwirte Schlesiens!

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten sendet uns folgenden Aufruf zu mit dem Ersuchen um Abdruck:

Das löwennartige Anschwellen der Teuerung und das Herannahen des Winters lastet schon heute wie ein schwerer Alp auf denjenigen, die zum Teil gräßlich verarmt oder sonst körperlich vollständig gebrochen aus dem Felde in die Heimat zurückgekehrt sind. Noch schwerer aber lastet dieser Druck auf einem großen Teil von Witwen und Waisen, die ihr Viehbesitz und Feuerfries auf Erden, ihren Ernährer dem Vaterlande geopfert haben. War bisher die Sorge um den Lebensunterhalt besonders unter den Kriegsoffizieren der Großstadt brüderlich, wie wird sich um so mehr diese Not steigern, wenn der kalte Winter vorzeitig einsetzt. Hunderte und Tausende werden dann nicht wissen, wie sie — zum Teil dürftig gekleidet — ihre hungernden Mägen füllen sollen.

Wir richten daher an die Landwirte Schlesiens die dringende und herzliche Bitte, uns in unserem Bestreben zu unterstützen, wenigstens die Kermis dieser Armen mit Winterkartoffeln zu versorgen zu können.

Wir hoffen, in Anbetracht der großen Notlage, keine Fehlbildung getan zu haben und ersuchen recht herzlich und dringend, uns die erforderliche Menge an Kartoffeln in Waggonladungen, möglichst unter Marktpreis, zur Verfügung zu stellen.

Aus unserer Organisation, die in Breslau über 10 000 Mitglieder umfaßt, kommen rund 6000 äußerst bedürftige Schwerkriegsbeschädigte, Witwen und Waisen in Frage.

Angaben über Menge und Preis erbitten wir an die Geschäftsstelle des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserbinterblichenen, Ortsgruppe Breslau, Eisenstr. 3/4, Fernsprecher Ring 967.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Aufruf des Reichsbundes ein vertretbarer Weg ist, aus dem Glend, in dem die meisten Invaliden und Kriegserbinterblichenen sich befinden, herauszukommen. Die Herren des Landbundes, die doch die Unterwühlung und die Aufhebung der Zwangswirtschaft endlich erreicht haben, daß die Preise auch für die notwendigen Lebensmittel für Brot und Kartoffeln ins Ungeheure gestiegen sind, werden schließlich der Form wegen, einige Punkte geben. Dem Glend und der Not aber kann nicht durch einen Appell an private Wohlthätigkeit abgeholfen werden. Glend und Not können nur endgültig beseitigt werden durch den jährlichen Kampf gegen Kapitalisten und Großagrarier, gegen die heutige Gesellschaft überhaupt. Gegen die Gesellschaft, die Millionen in einem wahnwüthigen Krieg gehetzt hat, und jetzt mit Seelenruhe zusieht, wie diese ihre Opfer verkommen. Gegen die Gesellschaft, die, um ihre Krallen aufzujagen, Kobenschanen, Langjense, Pferdeberennen und Schielaage veranlaßt, während Millionen immer tiefer ins Glend gezogen werden.

Diesen Kampf zu führen ist auch Aufgabe des Reichsbundes, der als eine Organisation, die vorwärts auf dem Boden der freien Arbeiterorganisationen zu stehen, sich nicht herablassen sollte, an die Herren Richtshofen usw. Vitzgejache zu richten.

Pferderennen, Autorennen, Mosenjahren, Langturniere ...

So die riesenhafte Dividenden der kapitalistischen Unternehmern hinstimmen, kann man leben, wenn man Gelegenheit hat, an einer dieser Veranstaltungen teilzunehmen. Sie herrsch in Deutschland will auch die Breslauer Bourgeoisie etwas geboten haben und will etwas bieten. Während hunderttausende von Familien nicht wissen, wo sie das trockene Brot zum Leben heranzubringen sollen, weiß ja eine Dame der Gesellschaft nicht, wie sie sich am elegantesten und am besten kleiden soll. Da genau nicht mehr ein Gesicht in dem man sich das Glanzkleid vorlegen läßt (die Proletarierin kauft alte gebrauchte Kleider), da ja müssen Modeschönen herumlaufen, wo man sich das Schönste beim Glanz im Vorhinein läßt, wie es auch in Breslau am 21. und 22. September im Konzerthaus und bis 21. September im Ausstellungsgebäude geschieht. Damit man offen der Zweck gleicher wird, jagt man, es dient auch der Kulturkultur. Soll das Kulturkultur sein, wenn man ein „wundervolles“ Zeitvergnügen trägt (während nur Handarbeit), wo ja und soviel arme Frauen und Mädchen bei einem Hungerlohn 14 bis 20 Stunden am Tage daran gearbeitet haben? Die Proletarier leben diesem Treiben passiv, zweifeln im Innern vor Entsch. zu. Sie lange noch?

Breslauer Volkshochschule für wertfähige Männer und Frauen.

Anmeldungen

für das Winterhalbjahr können vom 10. bis 15. Oktober, täglich 8-3 und 5-7 Uhr, im Volkshochschulamt (Springerstraße 5, III, Zimmer 4) erfolgen.

Unterrichtspläne und Anmeldebescheine wolle man sich vom 1. Oktober ab im genannten Amt, in Volkshochschulamt und Legehallen, in der Zentralarbeiterbibliothek (Gewerkschaftshaus, 3. Stock), in der Volkshochschule (Grenzstraße 11, 1. Stock), im Büro des Gewerbetreibenden Deutscher Metallarbeiter (Dehauer Str. 18, 2. Stock) oder beim kommunistischen Verband für weibliche Angehörige (Grenzstraße 30) besorgen.

Sonnabend, 1. Oktober, abends 8 Uhr, im Saal des „Metropol“, Lohstraße 45/47.

Öffentliche Versammlung.

Thema: „Was will die Volkshochschule? Der neue Plan der Breslauer Volkshochschule für das Winterhalbjahr.“ Der Leiter der Volkshochschule: Dr. A. K a n n.

Hennig's Korn-Stapel und Garten

Mitteleiche 6

Dienstag: Eischeine Sonnabend: Wellwurst

Cohnbewegung in der Binnenschifffahrt.

Die am 12. September abgebrochenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband, Gruppe Eibe, wurden am 21. September fortgesetzt und erklärten die Unternehmer nach längerer Verhandlung sich bereit, den Lohn ab 3. Oktober um 65, resp. 70 Mark pro Woche zu erhöhen.

Der Wochenlohn beträgt ab 3. Oktober

für Kapitane	340 Mk.
„ Dampfsteuerleute	330 „
„ Kabuffsteuerleute	330 „
„ Deckleute	310 „
„ Maschinenisten	340 „
„ Heizer	310 „

Vom 12. September bis 2. Oktober soll eine Teuerungszulage von 40 Mark pro Woche zu den Tariflöhnen gezahlt werden.

Die Arbeitnehmer werden in Mitgliederberatungen zu dem Resultat Stellung nehmen und bis zum 29. September dem Arbeitgeberverband die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung mitteilen.

Hinein in die Volkshochschule!

Die neuen Anmeldungen zur Breslauer Volkshochschule haben vom 10. bis 15. Oktober von 8-3 und 5-7 Uhr im Volkshochschulamt, Springerstraße 5/9, III. Stock, Zimmer 4, zu erfolgen. Schon vom 1. Oktober ab wolle man sich Unterrichtspläne und Anmeldebescheine in genanntem Amt, sowie an den anderen, im heutigen Inserat genannten Verkaufsstellen besorgen. Die Anmeldebescheine sind zur Anmeldung schon ausgeschrieben mitzubringen. Sonnabend, 1. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Saal des Metropol, Lohstraße 45/47, eine öffentliche Versammlung statt, in der der Leiter der Volkshochschule, Dr. Alfred K a n n, über das Thema spricht: „Was will die Volkshochschule? Der neue Plan der Breslauer Volkshochschule für das Winterhalbjahr.“ Alle Angehörigen der wertfähigen Bevölkerung werden zu dieser Versammlung dringend eingeladen. — Die Gebühren für den Besuch der Breslauer Volkshochschule sind so bemessen, daß sie für die einzelne Stunde etwa 75 Pf. betragen.

Aus dem Waldenburger Revier.

Lehmwasser. Der in der letzten Mitgliederversammlung gefasste Beschluß, eine allgemeine Sammlung der Belegschaft des hiesigen Schulte-Schachtes für die hungernden russischen Arbeitsbrüder zu veranstalten, wurde Mitte dieses Monats durchgeführt, und erbrachte den schönen Ertrag von 254 Mk. Dieser Erfolg ist um so erfreulicher, da der betreffende Betrag nur von Nichtkommunisten aufgebracht wurde, denn die Mitglieder dieser Ortsgruppe haben einstimmig beschlossen, pro Mitglied 20 Mk. zu zeichnen, welcher Betrag in zwei Monatsraten von je 10 Mk. gezahlt wird. Auch an dieser Stelle sei den Genossen der Belegschaft des Schulte-Schachtes sowie unseren Mitgliedern der Dank ausgesprochen.

Ortsgruppe Lehmwasser.

Monatsprogramm der kommunistischen Jugend Waldenburg.

Sonntag, den 2. Oktober 1921. Zusammenkunft im Jugendheim: Vortrag des Jugendgenossen Bogt über „Die Entwicklungsgeschichte“ und gefälliges Beisammeln.

Mittwoch, Diskutierabende alle Mittwoch.

Sonntag, den 9. Oktober 1921. Nachmittagsausflug nach Juliandorf. Abgang 2 Uhr.

Sonntag, den 16. Oktober 1921. Vortrag: „Moskau oder Amsterdam“. Referent: Gen. Mittal.

Sonntag, den 23. Oktober 1921. Vortrag: „Die Jugend-Internationale“. Referent: Gen. Stiller.

Sonntag, den 30. Oktober 1921. Monatsversammlung, anschließend Gedichtabend.

Kommunistische Jugend Waldenburg.

Berichtungsständer.

SPD. Breslau. Metallarbeiterfraktion. Dienstag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr, im Parteibüro wichtige Versammlung. Erscheinen aller kommunistischen Metallarbeiter ist Pflicht!

Kommunistische Jugend Waldenburg. Jugendliche Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge! Erscheint in Massen zu der am 2. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr, stattfindenden öffentlichen Jugendversammlung im Lokal „Friedenshoffnung“ Hermendorf. Thema: Das Glend der proletarischen Jugend. Referent: Jugendgenosse Bogt-Waldenburg. Auch die Eltern und Parteigenossen sind herzlich eingeladen.

SPD. Breslau. Dittsch 10. Freitag abend 7 Uhr wichtiger Dittschabend.

Sint-Hoffmann-Werke. Sonnabend, den 1. Oktober 1921, abends 7 Uhr, Zusammenkunft aller Parteimitglieder, welche bei den 2.-5.-B. arbeiten. Referent: Gen. Melzer.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Jannus, Berlin. Verlag: Friedrichs-Druckerei G. m. b. H. Berlin SW 48.

Die besten u. billigsten Anzüge

vollständig außer Konkurrenz
Zweijährlicher Anzeiger, bei Selbstherstellung, bekommen Sie nur
Nikolaistr. 48 a Hauptpl.
im neu eröffneten Herren-Belletrier-Haus
Große Auswahl in fertigen, modernen Anzügen.
Inhaber: Hermann Partetzke



Weiterstes Schuhwerk
Ludwig Herz,
Hilfsplatz 4.

Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich mit Garant mit meinem vielbewährten Flechtenheilmittel in 8 bis 14 Tagen.

Lebende Flechten. Preis pro Packung 25 Mark.
F. Müller, Händl. Bremen.
Große Krummerstraße 23.
Sprechstunden: 9 bis 10 und 3 bis 4 Uhr.

Leblich-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr.
Das große
September-Programm.